

(A) (Vizepräsident Dr. Klose)

Ich rufe Nummer 7 auf:

Stellenpläne

Ich eröffne hiermit die Beratung und erteile das Wort Herrn Kollegen Bensmann für die Fraktion der CDU.

(Zuruf von der SPD)

Abgeordneter Bensmann (CDU): Keine Angst, ich rede nur 14,5 Minuten. - Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Abgeordneter Lanfermann [F.D.P.]: Wieviel?)

- Vielleicht 14 Minuten und 50 Sekunden, wenn Sie mich mehrmals unterbrechen.

(Zurufe von der F.D.P.)

Der Bereich Stellenpläne ist der dickste Finanzbrocken des Haushaltes. Für 342 000 Landesbedienstete werden fast 30 Milliarden DM aufgewendet. Die Zahlen des Haushaltes 1992 sind jedoch nicht das besondere, sondern dramatisch - und das Wort muß man hier gebrauchen - die Steigerung des Personalsumfangs in den letzten Jahren.

(B)

Waren es 1990 noch 338 950 Bedienstete, für die fast 26 Milliarden DM ausgegeben wurden - dies entspricht einer Personalkostenquote von 38,5 % -, waren es im Jahre 1991 schon 2 700 mehr, und in diesem Jahr - entgegen der Beteuerung des Finanzministers - sind es wiederum 1 100 mehr, nämlich insgesamt 342 000 - -

(Minister Schleußer: Sie erzählen das Gegenteil von dem, was heute den ganzen Tag von Ihrer Fraktion geboten wurde.)

- Sie können das gleich widerlegen. - Darin sind zugegebenermaßen die 500 Stellen für die Fluggastkontrolle enthalten. Dies entspricht einer Personalkostenquote von 39,7 %.

Bei näherer Betrachtung wird jedoch deutlich, wohin diese Stellen verlagert werden, nämlich in die Mini-

(C)

sterialbürokratie, und hier insbesondere in den Bereich des Einzelplans 02. Hier, Herr Finanzminister, hat die politische Abteilung, nämlich die Staatskanzlei, leider eine negative Vorbildfunktion eingenommen. Aber es geht nicht darum - wie Sie auch selber immer zugegeben haben -, zusätzliche Verwaltungsaufgaben zu bewältigen, sondern um die Umsetzung der politischen Ziele. Daß wir hier anderer Auffassung sind, versteht sich.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Bensmann, außer Ihnen reden fast alle hier im Saal.

(Heiterkeit - Abgeordneter Bensmann [CDU]: Das kommt daher, weil das, was ich hier vortrage, so interessant ist!)

Ich würde es für rücksichtsvoller halten, wenn Herr Kollege Bensmann allein sprechen dürfte.

(Weitere Zurufe)

Abgeordneter Bensmann (CDU): Vielen Dank, Herr Präsident. - Eine neue Art der Vermehrung der Ministerialbürokratie haben die Minister Heinemann und Matthiesen entdeckt, indem sie nämlich die Steinbrüche "Versorgungsverwaltung" und "Ämter für Agrarordnung" genommen haben, um klammheimlich am Finanzminister vorbei ihre Ministerien aufzublähen. Ich bin einmal gespannt, wann dem Finanzminister der Umfang tatsächlich auffällt und wann er dieser Ausuferung der Ministerialbürokratie Einhalt gebietet.

(D)

Die Mittel jedenfalls, Herr Schleußer, die Sie anwenden, lehnen wir von der CDU eindeutig ab. Die alten, schon aus der Klamottenkiste kommenden Mittel, nämlich Phasenbeschluß und Wiederbesetzungssperre, sind in der Tat untauglich. Wie Sie selber bei der Anhörung der Berufsverbände von allen Beteiligten gehört haben, wird diese Methode einhellig abgelehnt. Sie ist nämlich in sich widersprüchlich, ineffektiv und damit ein in der Sache absolut untaugliches Mittel.

(A) (Bensmann [CDU])

Deshalb fordere ich Sie, Herr Finanzminister, auf: Folgen Sie dem Antrag der CDU, und kürzen Sie die Ministerialbürokratie um 5 % aller Stellen. Ich bin ganz sicher, meine Damen und Herren: So wenig, wie Ihnen das jetzt hier auffällt, wird es den Bürgern im Lande auch auffallen - eher im positiven Sinne, daß sie weniger verwaltet werden. Darüber hinaus hätten wir noch den positiven Effekt, Finanzmittel einzusparen.

An dieser Stelle möchte ich dem Arbeitsstab "Aufgabenkritik", der sogenannten Kahlenberg-Gruppe, im Namen der CDU-Fraktion herzlich Dank sagen.

(Beifall bei der CDU)

- Ja, die hat einen Applaus verdient, meine Damen und Herren!

(Beifall des Abgeordneten Trinius [SPD])

- Zustimmung auch von der SPD. Ich bedanke mich, Herr Trinius; denn, auch wenn es vier oder fünf Jahre gedauert hat, die Kienbaum-Gutachten im Bereich der Polizei und im Bereich der Schule sind dort in der Arbeitsgruppe geboren, und es sind noch weitere zwölf Gutachten auf dem Wege. Ich bin sicher, daß dann die Landesregierung genauso zum Handeln gezwungen wird, wie wir es im Bereich der Polizei und der Schule ja erlebt haben.

Auch wenn es 20.39 Uhr ist, möchte ich einen Bereich doch noch besonders herausheben. Das ist die Finanzverwaltung. Die Abwanderung ist dramatisch: Allein im letzten Jahr sind nach Bericht der Berufsverbände 300 hochqualifizierte Mitarbeiter in die freie Wirtschaft gegangen. Einen solchen Aderlaß kann die Finanzverwaltung auf Dauer nicht verkraften.

Wir haben deshalb gefordert, die Einstellungsermächtigungen im gehobenen Dienst um 300 und im mittleren Dienst um 50 zu heben. Hoffentlich kommt der Finanzminister zu der Einsicht, daß hier wirklich eine Aufstockung geboten ist.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte Sie an dieser Stelle auch noch einmal fragen, Herr Finanzminister, wie die Haltung der

(C)

Landesregierung bei der Umsetzung der Novelle zur Planstellenobergrenzenverordnung ist. Die SPD hat im Ausschuß wie wir auch gefordert, daß, wenn sie in Bonn verabschiedet wird, wir das auch im Lande Nordrhein-Westfalen umsetzen. Ich habe nun in der Zeitung gelesen, daß der Bundesrat dagegen votiert hat. Ich möchte Sie bitten, an dieser Stelle die Haltung der Landesregierung einmal darzulegen.

Zum Schluß, meine Damen und Herren, möchte ich zum Thema Wiedervereinigung und hier zur Hilfe für die neuen Länder noch zwei oder drei Sätze anmerken. Wir haben insgesamt 1 000 Stellen bereitgestellt. Wir haben festgestellt, daß nur 650 in Anspruch genommen worden sind. Darauf werden wir haushaltstechnisch reagieren. Wir werden die "politischen" Bereiche, was die Hilfen angeht, in den nächsten Jahren sicherlich auslaufen lassen können. Das ist der Bereich Kultur und Schule; aber - und ich freue mich, daß es darüber überhaupt keinen politischen Dissens gibt - in den klassischen Bereichen Justiz und Finanzen werden wir auch in Zukunft unserem Partnerland Brandenburg Hilfe zusagen müssen und sicherlich auch leisten.

Ich habe mich persönlich in Brandenburg, in Cottbus, in Königswusterhausen von dem Engagement unserer Mitarbeiter in dem Partnerland überzeugen können. Ich möchte im Namen der CDU-Fraktion - und wohl im Namen aller Damen und Herren dieses Hohen Hauses - den nordrhein-westfälischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die sich in den fünf neuen Ländern in vorbildlicher Weise engagieren, ein ganz herzliches Dankeschön sagen.

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren von der SPD, Herr Finanzminister! Wir sagen ja zu den Finanzhilfen in den neuen Ländern. Wir sagen ja zu einer aufgabenkritischen Begleitung in Form der Gutachten "Schule" und "Polizei" von Kienbaum, aber wir sagen ein genauso eindeutiges Nein, Herr Finanzminister, zu den derzeitigen Mitteln, wie Sie die Personalausufahrung eingrenzen wollen, nämlich zum Phasenbeschluß, zur Wiederbesetzungssperre und zur Verlagerung der einzelnen kw-Vermerke. Wir sagen Ihnen die konstruktive Mitarbeit bei der Reduzierung des Personalsumfangs im Lande zu, aber nur auf dem Wege, wie

(D)

(A) (Bensmann [CDU])

wir es im Bereich Schule und Polizei im Kienbaum-Gutachten vorgelegt bekommen haben.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Kollegen Walsken für die SPD-Fraktion das Wort.

(Zuruf von der SPD: Herr Harms!)

- Ich bitte um Entschuldigung. Gemeldet war Herr Walsken. Dann also Herr Harms, bitte schön!

Abgeordneter Harms (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Haushalt 1992 erreicht bei der Personalausweitung nicht das Tempo der Vorjahre. Aus der Vorlage 11/975 ersehen wir, daß für 1992 eine Stellenvermehrung von 1 218 vorgesehen ist.

Daß die Stellen nicht mehr eine solche Ausweitung wie in den Vorjahren erfahren können, mögen ganz nüchterne Betrachtungen deutlich machen: Gegenüber 1991 steigen die Personalausgaben um 6,4 %. Die Steuerfinanzierungsquote des nordrhein-westfälischen Haushalts beträgt 77,6 %.

(B)

Bei der Betrachtung gerade des Stellenplans und auch von Mehrforderungen halte ich es für wichtig, daß man die Steuerfinanzierungsquote zur Betrachtung heranzieht; denn die Steuerfinanzierungsquote ist der Anteil, mit dem die öffentliche Hand ihre eigenen Ausgaben aus den Steuereinnahmen bezahlen kann. Während diese Steuerfinanzierungsquote beim Bund von 72,6 % in 1990 auf 88,7 % im Finanzplanungszeitraum bis 1995 steigt, haben wir hier bei den Ländern im gleichen Planungszeitraum nur einen Anstieg um 9,4 Prozentpunkte. Und ich denke, daß hier nicht sonderlich viel Spielraum für weitere Sonderwünsche besteht.

Wenn die Personalausgaben rund 40 % des Gesamthaushalts ausmachen, wenn wir feststellen, daß wir eine ungenügende Beteiligung der Länder an den gesamten Steuereinnahmen des Bundesstaates haben, und wenn wir dann auch noch berücksichtigen, daß wir hier in Nordrhein-Westfalen in den kommenden

(C)

Jahren einen wachsenden Pensionsberg auf uns zukommen sehen, dann muß jedem klar sein, daß die Kluft zwischen einem möglichen Stellenbedarf, den wir haben, und den berechtigten gesellschaftlichen Ansprüchen, die durch Einstellungen befriedigt werden müssen, immer größer wird. Aber wir müssen uns vor dem Hintergrund dieser Zahlen auch bemühen, die Personalverwaltungen so effektiv wie möglich zu machen, müssen überlegen, wie wir durch clevere Organisationslösungen das Personal optimal einsetzen und auch durch Aufgabenverlagerungen das Dienstleistungsangebot der öffentlichen Hand verbessern.

Ich finde es gut, daß wir im Unterausschuß Personal die Beratungsmöglichkeiten über diese Organisationskonzepte haben. Wichtig ist auch, daß diesem Unterausschuß der Arbeitsstab Aufgabenkritik des Finanzministers zurarbeitet. Ganz wichtige Entscheidungshilfen für uns sind ebenfalls die externen Gutachten, ob sie nun von der Wibera für den Justizvollzug oder von Kienbaum für den Bereich Schule und Polizei - vorhin wurde ja bereits dazu, nämlich von der Funktionsbewertung, gesprochen - vorgelegt wurden. Da kann man sagen, daß man hier auch die richtigen Unterlagen in die Hand bekommt.

Nun lassen Sie mich angesichts der Zeit, Herr Kollege Bensmann, noch einmal kurz auf Ihren Antrag zum Abbau von 5 % der Stellen der Ministerialverwaltung, was ja 220 Stellen ausmachen würde, Bezug nehmen!

(D)

Die CDU bezieht sich hier auf den Bericht des Landesrechnungshofs über die Bestandsaufnahme, über die Ermittlung des Personalbedarfs in der Landesverwaltung. Diese Zahlen sind vom Finanzminister, so denke ich, eindrucksvoll - ich drücke mich ganz vorsichtig aus - korrigiert worden, und zwar mit der Vorlage 11/968, die uns gestern erreichte. Wenn dabei herauskommt, daß 1,2 % der Stellen aller Landesbediensteten in den zwölf Ministerien und in der Staatskanzlei sind, was rund 4 500 Stellen ausmacht, die 352 Millionen DM kosten, dann kann man wohl wirklich nicht sagen, daß diese Personalausgaben insgesamt sonderlich hoch sind.

Wer die Personalausgaben im Ländervergleich betrachtet, wird feststellen, daß Nordrhein-Westfalen unter den Flächenländern je Einwohner mit 1 519 DM

(A) (Harms [SPD])

die niedrigsten Personalausgaben hat. Zum Vergleich nenne ich Baden-Württemberg mit 1 735 DM und Bayern mit 1 638 DM.

Nun lassen Sie mich bitte auch noch auf einen weiteren Punkt eingehen! Herr Bensmann, Sie haben am 21. März 1991 an dieser Stelle, auch bei Beratung des Stellenplans, gesagt - Sie haben es jetzt wiederholt -, daß wir eine aufgeblähte Ministerialbürokratie haben. Die Kosten der politischen Führung in Nordrhein-Westfalen sind mit 37 DM je Einwohner am günstigsten. Dies spricht wohl auch dafür, daß wir in diesen Bereichen doch sehr sparsam wirtschaften.

Was nun Ihre Forderung nach einer Abschaffung der Besetzungssperre angeht, so muß ich sagen, daß dieses personalwirtschaftlich wünschenswert, aber derzeit nicht finanzierbar ist. Ihre Deckungsvorschläge insgesamt - vom Verkauf Tannenstraße bis zum Verkauf der WestLB- und der Lufthansa-Anteile - sind da im Grunde genommen wenig hilfreich. Wir haben hier zumindest ja auch - das ist vorhin bei Beratung des Einzelplans des Bereichs Wissenschaft und Forschung angesprochen worden - entsprechende Korrekturen vorgenommen.

(B) Zum Abschluß möchte ich noch darauf hinweisen, daß auf uns noch einige Aufgaben, diejenigen im Bereich der Asylverfahren, zukommen. Dort müssen wir ja auch reagieren und abwarten, was die Gespräche beim Bundeskanzler bringen.

Weiterhin müssen wir uns vorbehalten, uns hier zu einer Neuorganisation der mit den Asylfragen befaßten Senate zu beschäftigen.

Herr Kollege Bensmann, wenn man einen Vergleich hinsichtlich der Ministerialbürokratie anstellt, erkennt man, daß wir hier 1981 11 Staatssekretäre hatten, 1991 waren es 12. Der Bund hingegen hat innerhalb eines Jahres die Zahl der Staatssekretäre von 61 auf 81 erhöht. Man erkennt daraus, daß das, was Robert Leicht in der "Zeit" geschrieben hat - daß dieses Beutesystem zu Lasten der Staatskasse aus nackter Parteipolitik und purer Gefälligkeit auf die Spitze getrieben wurde -, nicht für Nordrhein-Westfalen, wohl aber für den Bund zutrifft. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Wickel, ich darf Ihnen für die F.D.P.-Fraktion das Wort erteilen.

Abgeordneter Wickel (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vielleicht doch einmal eine Vorbemerkung! Ich bin der Auffassung, daß, wenn wir die zweiten Lesungen in Zukunft so wie heute durchführen, wir uns selber ad absurdum führen. Was hier geschieht, ist nämlich geistige Onanie, meine Damen und Herren.

(Allseitige Oh-Rufe)

Das kann so nicht weitergehen.

Spreche ich mit Kollegen aus anderen Fraktionen, dann sagen diese: Wir fassen demnächst einen gemeinsamen Beschluß, der nicht mehr mitträgt, was der Ältestenrat hier abspricht. Ein solches Verfahren hier ist einfach unmöglich. - Das aber nur als Vorbemerkung!

(Vereinzelt Beifall)

(D) Zum Stellenplan! Es gibt wohl kaum ein Gremium, einen Unterausschuß, der so häufig und so lange getagt hat und in dem so kollegial miteinander gearbeitet wird. Es ist ein Gremium, in dem gemeinsam gearbeitet, beraten und argumentiert wird, ohne daß aber die politischen Eckpunkte der einzelnen Fraktionen außer acht gelassen werden.

Hier, meine Damen und Herren, kommt noch etwas über, nämlich auch ein Verstehen zwischen den Vertretern des Parlaments und den Vertretern der Administration.

Es ist wirklich oft erstaunlich und interessant zu erleben, wie Geben und Nehmen und das Frage- und Antwortspiel in diesem Gremium ablaufen. Das ändert nichts daran, daß wir als F.D.P. der Auffassung sind, daß das, was man in diesen Beratungen jetzt erreichen kann, wirklich nur Symptombehandlungen sind. Um etwas zu ändern, müßte vieles grundsaniert

(A) (Wickel [F.D.P.]

werden. Nur dann hätten wir eine Chance, Strukturen in das Geschehen zu bekommen.

Meine Fraktion hat in diesem Gremium aufmerksam zugehört. Wir kennen die Aussage des Finanzministers, daß es keine neuen Stellen gibt. Trotzdem hat meine Fraktion auch den 1 000 A-9-Stellen bei der Polizei zugestimmt, weil wir sie für sachlich gerechtfertigt halten. Wir haben aber deutlich gemacht, daß wir diesen Stellenplan in den jeweiligen Einzelpositionen nicht mittragen können.

Ich möchte den Dank, den der Kollege Bensmann dem Gutachterdienst ausgesprochen hat, noch verstärken: Was hier an Vorarbeit geleistet wurde, damit wir in diesem Gremium überhaupt beratungsfähige Unterlagen hatten, ist schon beachtenswert. Dafür danke ich, weil mir dadurch viel geholfen wurde. Ich bedanke mich ausdrücklich bei meinen Kollegen, die in diesem Gremium so fair mit uns beraten haben. - Ich danke Ihnen!

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

(B)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Dr. Busch für die Fraktion DIE GRÜNEN. Bitte schön!

Abgeordneter Dr. Busch (Düsseldorf) (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kenne Ihre Erwartungshaltung. Deswegen möchte ich nur einige wenige Punkte nennen:

Herr Finanzminister! Herr Innenminister! Sie betreiben Personalpolitik nicht nur als größter Arbeitgeber in Nordrhein-Westfalen, sondern auch in den einschlägigen Bundesgremien. Ich finde es schon interessant, daß Sie sich hier im Lande von den Folgen, die diese Entscheidungen auf Bundesebene haben, doch in gewisser Weise distanzieren und als Entscheidungen, die woanders getroffen wurden und mit denen Sie gar nichts zu tun haben, darstellen wollen.

Sie haben ja schließlich bei den jährlichen Tarifverhandlungen ein gewichtiges Wort mitzureden. Sie haben es zu verantworten, daß die Beamtgehälter jährlich prozentual angehoben werden und dadurch die Einkommensschere zwischen Geringverdienenden

(C)

und Großverdienern im öffentlichen Dienst immer weiter auseinander- geht.

Schließlich gehen die hohen Haushaltsbelastungen ja gerade von den Stellen aus, die bei A 12 bzw. BAT III und oberhalb angesiedelt sind. Es sind mehr als die Hälfte der Beschäftigten im öffentlichen Dienst, die in diese Gehaltskategorien fallen.

Und während sich die hohen Ministerialbeamten an den Vergütungen in den Vorstandsetagen der Konzerne orientieren

(Oh-Rufe bei der F.D.P.)

- "Orientieren", da kennen wir doch gute Beispiele; auf den Herrn Leister wollte ich eigentlich morgen noch zu sprechen kommen -, liegen die einfachen Beamten demgegenüber - das hat der Kollege Rudi Walther, den Sie sicherlich vom Haushaltsausschuß des Bundestages kennen, angemerkt - mit ihrem Einkommen an der Armutsgrenze. Das ist die Realität der Beamtenbesoldung. Ich denke, da muß sich einiges tun.

Sie haben jedes Jahr den Bundesbesoldungsregelungen ohne Widerspruch zugestimmt. Sie haben auch den verschiedenen strukturellen Besoldungsverbesserungen zugestimmt und die darin enthaltenen Beamtenprivilegien passieren lassen. Wo war denn da Ihr Aufstand im Bundesrat? - Jetzt Krokodilstränen über das zu weinen, was passiert ist, finde ich nicht in Ordnung.

(D)

Übrigens haben Sie ja auch den Pensionsregelungen zugestimmt, die heute sicherlich zu den beträchtlichen Pensionsleistungen der öffentlichen Hände - auch in Nordrhein-Westfalen - führen.

Ich bitte auch zu bedenken, daß die Rentenversicherungsbeiträge für die Beamten gegenüber den entsprechenden Angestellten gespart werden. Dann darf man sich aber natürlich nicht wundern, daß später entsprechende Mehrbelastungen in Form von Beamtenpensionen anfallen. Wenn also ein Finanzminister Angestelltenstellen im Haushalt streicht und dafür Beamtenstellen einsetzt, darf er sich nicht wundern, daß später - mittel- und langfristig gesehen - die entsprechenden Pensionslasten exponentiell steigen.

(A) (Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

Ich möchte noch einmal auf die Frage eingehen, wie sich der Personalkostenanteil im Landeshaushalt entwickelt: Wir GRÜNEN haben uns das einmal etwas genauer angeschaut und sehen dahinter eine ganz klare Strategie, den Personalkostenanteil hochzurechnen und damit zu suggerieren, daß der Personalkostenanteil den Landeshaushalt und alle übrigen Ausgaben im Landeshaushalt erdrückt. Tatsächlich trifft das überhaupt nicht zu.

Ich habe mir die Zahlen der letzten 10 Jahre einmal angeschaut: Im Jahre 1983 zum Beispiel hatten wir einen Personalkostenanteil von 40,3 %. Im Jahre 1992 werden wir 39,7 % haben. Das ist eine Verringerung des Personalkostenanteils und keine Erhöhung.

Besonders interessant ist es, sich die Zahlen in der mittelfristigen Finanzplanung anzusehen. Ich nehme einmal die Finanzplanung aus dem Jahre 1987. Damals wurde für das Jahr 1991 ein Personalkostenanteil von 41,3 % prognostiziert.

Jetzt haben wir das Ergebnis für das Jahr 1991: 38,5 %! - Das ist interessant: Prognostiziert in der mittelfristigen Finanzplanung: 41,3 %; tatsächlich herausgekommen: 38,5 %!

(B)

Jetzt geht das gleiche Spielchen aber wieder los. Jetzt haben wir die Prognose für das Jahr 1995 in Höhe von 41,6 %. Im Moment sind wir bei 38,5 %.

Die Absicht ist doch ganz klar: Man rechnet den Personalkostenanteil hoch, um damit die berechtigten Ansprüche der Beschäftigten und auch die Erwartungen der Öffentlichkeit, der Bürgerinnen und Bürger in diesem Lande, auf bestimmte Personalleistungen und Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger abzuwehren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben die tarifvertraglich vereinbarte Arbeitszeitverkürzung von 1988 auch 1992 nicht umgesetzt. Das heißt: Das Land als größter Arbeitgeber im Lande Nordrhein-Westfalen hat seine Vorbildfunktion zur Bekämpfung der nach wie vor hohen Erwerbslosigkeit in Nordrhein-Westfalen nicht erfüllt.

(C)

Sie haben diese neunmonatige Stellenbesetzungssperre ohne Rücksicht auf ihre Konsequenzen eingeführt. Diese sogenannte Sparsamkeit wirkt sich natürlich in den Engpaßbereichen mit hoher Fluktuation - zum Beispiel in der Gewerbeaufsicht, der Finanzverwaltung und an den Hochschulen - katastrophal aus. Die Stellen verwaissen, die Arbeit bleibt unerledigt. Arbeitsrückstände frustrieren. Neuanfänger/innen werden demotiviert. Es kommt zur Abwanderung gerade der qualifizierteren Kräfte aus der Verwaltung.

Meine Redezeit ist zu Ende. Ich will vielleicht noch einen Satz zur Gewerbeaufsicht und zur Finanzverwaltung sagen: Diese Bereiche sind personalmäßig absolut katastrophal ausgestattet. Ich halte es eigentlich für unverantwortlich, daß in diesen zentralen Bereichen der Landespolitik wegen Personalmangels die Aufgabenerfüllung nicht mehr gesichert werden kann. - Danke schön!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich nehme an, daß sich der Herr Finanzminister nicht mehr äußern möchte. - Dann schließe ich hiermit die Beratung.

Wir haben in diesem Fall keine Abstimmung durchzuführen. Der Landtag hat den Bericht bzw. die Erklärungen der Fraktionen zur Kenntnis genommen. Ich schließe damit diesen Punkt der Tagesordnung.

(D)

Wir kommen zu Nummer 8:

Einzelplan 09: Ministerium für Bundesangelegenheiten

Mit Drucksache 11/2809 liegt Ihnen die Beschlussempfehlung vor. Wird das Wort gewünscht? - Offensichtlich nicht.

Ich schließe die Beratung, und wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Einzelplan 09 entsprechend der Beschlussempfehlung Drucksache 11/2809 zustimmen möchte,